



DER BUNDESMINISTER
FÜR JUSTIZ

XIX. GP.-NR
672/AB
1995 -05- 05

7014/1-Pr 1/95

zu

661/J

An den

Herrn Präsidenten des Nationalrates

Wien

zur Zahl 661/J-NR/1995

Die Abgeordneten zum Nationalrat Anschöber und Freundinnen haben an mich eine schriftliche Anfrage, betreffend Anzeigen wegen des Verdachts der vorsätzlichen Gefährdung des Tier- und Pflanzenbestandes gemäß § 182 Strafgesetzbuch, gerichtet und folgende Fragen gestellt:

- "1. Wieviele Anzeigen bezüglich des Verdachts der vorsätzlichen Gefährdung des Tier- und Pflanzenbestandes wurden in den Jahren 1990 bis 1994 jeweils in welchem Gerichtsbereich eingereicht?
2. Wieviele dieser Anzeigen wurden in die Vorerhebungen bzw. Voruntersuchungen übernommen und welche wurden zurückgelegt?
3. Wie wird die Zurücklegung im Fall von schwerer Waldverwüstung begründet?"

Ich beantworte diese Fragen wie folgt:

Zu 1 und 2:

Ich verweise auf die nachfolgende Tabelle, die auf den von den einzelnen Staatsanwaltschaften erstatteten Berichten basiert. Der Vollständigkeit halber wurde in diese den Anfragezeitraum umfassende Übersicht nicht nur die Zahl der Anzeigezurücklegungen, sondern auch jene der sonstigen Erledigungen (Abtretung, Abbrechung des

PARL 7014 (Pr1)

Verfahrens gegen unbekannte Täter), der eingebrachten Strafanträge und der ergangenen Urteile aufgenommen.

Staatsanwaltschaft	Anzeigen nach § 182 StGB	gerichtliche Vorerhebungen *)	Anzeige-zurück-legungen	sonstige Erledi-ungen	Strafan-träge	Schuld-sprüche	Freisprüche
Wien	9	1	4	4	1		1
beim JGH							
Eisenstadt	1		1				
St. Pölten							
Korneuburg							
Krems/Donau							
Wr. Neustadt	1	1	1				
Linz	4 **)		4				
Salzburg	1		1				
Wels	5	1 ***)	2	1	1		1
Ried i. Innkreis	3	3	3				
Steyr	1		1				
Graz	4		4				
Leoben							
Klagenfurt	7	4	4		3	1	2
Innsbruck	6	1	4	1	1		1
Feldkrich							

*) Voruntersuchungen wegen § 182 StGB wurden im Beobachtungszeitraum nicht geführt

***) zwei der bei der StA Linz eingelangten Anzeigen betrafen unter anderem Waldverbißschäden, wobei eine schwere Waldverwüstung jedoch nicht vorlag

****) dieses Verfahren ist noch offen

Zu 3:

Nur die bei der Staatsanwaltschaft Ried im Innkreis erstatteten drei Anzeigen hatten Fälle "schwerer Waldverwüstung" zum Gegenstand.

Diese drei Anzeigen wurden in dem in der Anfrage genannten Verfahren behandelt und nach Durchführung gerichtlicher Vorerhebungen bezüglich der drei Verdächtigen am 21.1.1994 gemäß § 90 Abs. 1 StPO zurückgelegt. Die Zurücklegung ist mangels Erfüllung des Tatbestandes des § 182 StGB erfolgt.

3

Der in Betracht kommende zweite Absatz dieser Strafbestimmung setzt nämlich voraus, daß eine Gefahr für den Tier- oder Pflanzenbestand in einem größeren Gebiet entgegen einer Rechtsvorschrift oder einem behördlichen Auftrag auf eine andere als die im § 180 StGB bezeichnete Weise herbeigeführt wird. Die im vorliegenden Fall gepflogenen Erhebungen haben jedoch ergeben, daß die angezeigten Jagdleiter in den betroffenen Waldgebieten die von der Bezirkshauptmannschaft vorgegebenen Abschuszahlen des schädigenden Rotwildes (mit einer einzigen geringfügigen Ausnahme) eingehalten haben. Die Staatsanwaltschaft Ried im Innkreis hat daher keinen Verstoß gegen einen behördlichen Auftrag angenommen. Das gemäß § 16 Abs. 1 ForstG jedermann treffende Verbot einer wodurch immer begangenen Waldverwüstung wiederum findet gemäß § 16 Abs. 2 lit. d ForstG auf eine flächenhafte Gefährdung des Bewuchses durch Schädigung durch jagdbare Tiere ausdrücklich keine Anwendung. Da schließlich die in § 16 Abs. 5 ForstG vorgesehenen Maßnahmen (Erstattung von Gutachten über Ursachen, Art und Ausmaß der Gefährdung durch jagdbare Tiere und Vorschläge zur Abstellung dieser Gefährdung) durchgeführt wurden, ist die Staatsanwaltschaft Ried im Innkreis zum Ergebnis gelangt, daß die Angezeigten auch nicht gegen eine Rechtsvorschrift verstoßen haben.

4. Mai 1995

